



Dr. Ellinor Zeino-Mahmalat ist Projektkoordinatorin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Marokko.

DIE ROLLEN SAUDI-ARABIENS UND IRANS WÄHREND DER ARABISCHEN UMRÜCHE UND DANACH

Ellinor Zeino-Mahmalat

Die arabischen Umbrüche fordern die traditionellen Rollen der beiden großen Mächte am Golf, Saudi-Arabien und Iran, heraus. Beide Staaten müssen ihre Beziehungen zu regionalen Akteuren (insbesondere zur Muslimbruderschaft bzw. zum Assad-Regime) neu überdenken. Für beide Staaten stehen langjährige Verbündete (Ägypten bzw. Syrien) auf dem Spiel. Während für das saudische Regime die arabischen Umbrüche sowohl Chancen als auch Risiken bergen, befindet sich Iran mit der Unterstützung des Assad-Regimes zunehmend in einer strategischen Zwickmühle. Die weiteren Entwicklungen in Syrien und Ägypten, aber auch in Irak und Bahrain, werden die zukünftige Kräftekonstellation für Saudi-Arabien und Iran maßgeblich definieren.

Dabei stellen sowohl demokratisch gewählte Führungen wie in Tunesien als auch gesellschaftspolitisch zerrissene Länder wie Syrien und Irak für die traditionell autoritär geprägten Nachbarländer recht schwer kalkulierbare und volatile Partner dar. Saudi-Arabien und Iran konkurrieren traditionell um die regionale Führerschaft in der Golfregion und darüber hinaus. Ihre Rivalität kommt regelmäßig in den regionalen Unruheherden zum Vorschein, wie derzeit im syrischen Bürgerkrieg. Ägypten, Jemen, Bahrain und Syrien, die allesamt Umbrüche erlebt haben, sind Kernzonen saudi-iranischer Rivalität. Dabei ringen Saudi-Arabien und Iran auch um die staatliche Deutungshoheit über die regionalen Umbrüche. Beide Seiten sind bemüht, die arabischen Transformationsprozesse in ihrem Interesse umzudeuten.

VERÄNDERUNGEN IN DER REGIONALEN KRÄFTE- KONSTELLATION SEIT DEM IRAKKRIEG 2003

Um die aktuelle regionalpolitische Stellung von Saudi-Arabien und insbesondere Iran zu verstehen, muss man mindestens zum Irakkrieg 2003 und zum Neuaufbau Iraks nach den Nationalwahlen 2004 zurückgehen.

Der Irakkrieg von 2003 mit dem Sturz des Diktators Saddam Hussein stellte für Saudi-Arabien und Iran eine historische Zäsur und eine einschneidende Neuordnung ihrer regionalen Kräftekonstellation dar. Mit den arabischen Umbrüchen und Transformationsprozessen seit 2011, denen bereits 2009 auch Unruhen im iranischen Präsidentschaftswahlkampf vorausgingen, stehen die beiden Regime vor neuen innen- und regionalpolitischen Herausforderungen.

Der Irakkrieg von 2003 und die arabischen Transformationsprozesse stellten für Saudi-Arabien und Iran eine historische Zäsur und eine einschneidende Neuordnung ihrer regionalen Kräftekonstellation dar.

Der von den USA angeführte Regimesturz in Irak 2003 und die anschließende Herausbildung einer erstmals schiitisch geführten irakischen Regierung unter Präsident Nuri Al-Maliki hat in der traditionell sunnitisch geführten arabischen Welt die These von einem Aufstieg der iranischen Macht und das Bild eines „Schiitischen Halbmonds“¹ geprägt, der die sunnitisch-arabische Welt künftig politisch, militärisch und ideologisch herausfordern werde. Zwischen 2006 und 2010 konnte ein Aufstieg pro-iranischer Kräfte in der Region beobachtet werden. Der Rückzug der USA aus Irak und die Bildung einer schiitisch dominierten irakischen Regierung, Irans Wiederaufnahme seines Urananreicherungsprogramms im Februar 2006, die regionale Stärkung der Hisbollah nach ihrem Krieg mit Israel 2006 und die Übernahme der politischen Kontrolle im Gaza-Streifen durch die zwar sunnitische, aber in dieser Zeit von Iran unterstützte Hamas haben Irans Einflussnahme in der Region und das iranische Selbstbewusstsein gestärkt. Besonders dramatisch wurde der iranische Einfluss von der saudischen Führung bewertet. Als nach den irakischen Nationalwahlen 2005 eine drastische iranisch-schiitische Einflusszunahme in Irak befürchtet wurde, sprach der saudische

1 | Der Begriff des „schiitischen Halbmonds“ wurde erstmals 2004 vom jordanischen König Abdallah benutzt, um einen Einflussgewinn von pro-iranischen, schiitischen Kräften in der Region zu beschreiben. Den „schiitischen Halbmond“ bilden Iran, Syrien, Irak und Libanon.

Außenminister Saud Al-Faisal verbittert von der Tatsache, dass die USA Irak dem Iran überlassen haben.² Iran wurde fortan in den arabischen Golfstaaten als eigentlicher, wenn auch unbeabsichtigter Profiteur des Irakkriegs gesehen.³



Iraner trauern um Opfer der „grünen Bewegung“: Das brutale Vorgehen der Revolutionsgarden und die Manipulation der Wahlen hat auch in den Nachbarländern zum Ansehensverlust des iranischen politischen Modells geführt. | Quelle: Wen Zhang, flickr (CC BY).

Das neu gewonnene iranische Selbstbewusstsein angesichts der für das iranische Regime günstigen regionalen Entwicklungen in Irak, Libanon oder Gaza wurde 2009 von den heftigsten innenpolitischen Protesten seit Bestehen der iranischen Republik getrübt. Das brutale Vorgehen der Revolutionsgarden gegen die Proteste der „grünen Bewegung“ und die Manipulation der iranischen Präsidentschaftswahlen haben auch in den Bevölkerungen der arabischen Nachbarländern zu einem erheblichen Ansehensverlust des iranischen politischen Modells geführt. Konnte Präsident Ahmadinedschad noch vor einigen Jahren mit seinen israelfeindlichen und pro-palästinensischen Plädoyers unter einigen arabischen Bevölkerungsschichten ein nicht ganz unwesentliches Maß an Popularität aufbauen, ist

2 | So Prinz Saud Al-Faisal im September 2005 in seiner Rede vor dem U.S. Council on Foreign Relations in New York.

3 | Zur saudi-iranischen Rivalität im Golf siehe auch Ellinor Zeino-Mahmalat, „Saudi-Arabiens und Irans Regionalpolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus“, in: *GIGA Focus Nahost*, 1/2009, http://giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_0901.pdf [22.07.2013].

das iranische politische Regime inzwischen als mögliches „Export-Modell“ für die islamisch-arabische Welt in den breiten Massen diskreditiert.⁴

Die arabischen Umbrüche seit 2011 haben lang anhaltende und noch nicht absehbare gesellschaftspolitische Transformationsprozesse ausgelöst. Bisher sind nur deren Verlierer bekannt, nicht jedoch die Gewinner. Für die saudische Golfmonarchie können die Transformationen sowohl Chancen als auch Risiken bergen. War das saudische Regime beim Fall des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak noch betroffen, als die USA auf Distanz zu ihrem langjährigen Verbündeten gingen, so unterstützt es jetzt um so vehementer die syrischen Freiheitskämpfer gegen das Assad-Regime. Das seit über 30 Jahren mit dem Iran verbündete Regime galt dem saudischen Königshaus schon lange als unbequemer Nachbar. Eine neue, sunnitische, islamisch-konservative und von Iran unabhängige Regierung in Syrien könnte, in der Kalkulation der saudischen Führung, künftig ein wertvoller regionaler Partner sein.

Eine sunnitische, islamisch-konservative Regierung in Syrien könnte, in der Kalkulation der saudischen Führung, künftig ein wertvoller regionaler Partner sein.

DIE REGIONALE ROLLENVERTEILUNG: SAUDI-ARABIEN UND IRAN ALS GLEICHWERTIGE GEGNER?

Die beiden um die regionale Führerschaft ringenden Staaten Saudi-Arabien und Iran bilden mit Irak in der geografischen Mitte das traditionelle Kräftegleichgewicht am Golf, das durch den Sturz des irakischen Regimes 2003 ins Wanken geraten ist. In ihren geo-strategischen und geo-ökonomischen Bedingungen weisen beide Staaten zunächst unübersehbare Ähnlichkeiten auf. Als die zwei größten Ölproduzenten des OPEC-Kartells mit den weltweit größten nachgewiesenen Öoreserven haben sich die beiden Staaten gleichzeitig zu musterhaften Rentierstaaten entwickelt, deren öffentliches Budget zu mehr als 50 Prozent von Renteneinnahmen aus Öl (und Gas) gedeckt wird. Die hohen und den Regimen weitgehend frei zur Verfügung stehenden Öleinnahmen verschaffen einerseits den Staaten ein hohes Maß an innen- und außenpolitischer Autonomie. Andererseits haben sie existenzielle Abhängigkeiten vom

4 | Nach Umfragen des US-amerikanischen Meinungsforschungsinstitut Zogby International.

internationalen Ölmarkt, von Abnehmerländern und strategischen Verbündeten sowie von der kontinuierlichen Bereitstellung von Wohlfahrtsprogrammen, öffentlichen Jobs und vielfachen Vergünstigungen im Inland erzeugt.

Abb. 1

Rohölreserven, Rang weltweit (in Mio. Barrel)

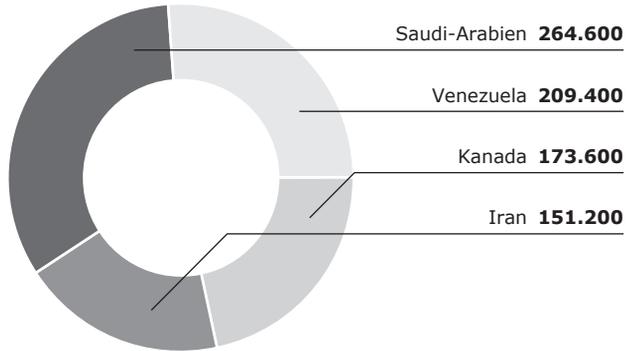


Abb. 2

Rohölproduktion, Rang weltweit (in Mio. Barrel pro Tag)

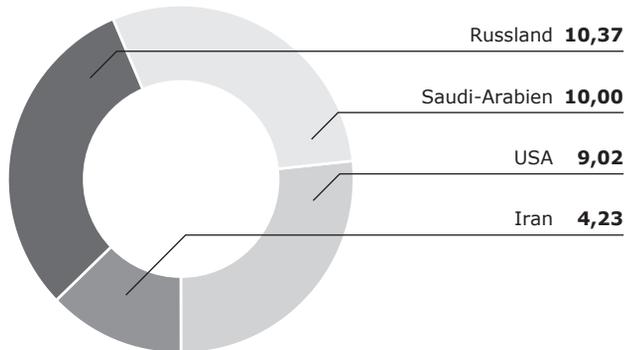
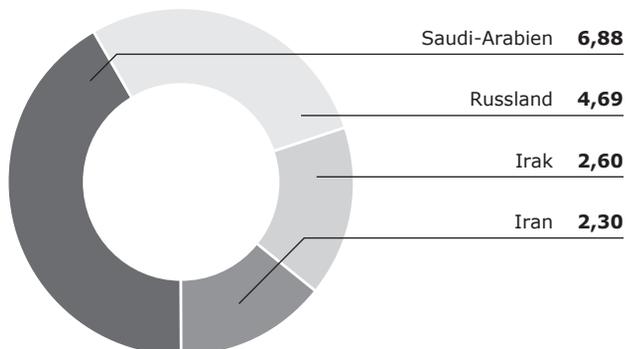


Abb. 3

Rohöllexport, Rang weltweit (in Mio. Barrel pro Tag)



Quelle: CIA, „The World Factbook“, Stand 2013, Zahlen gerundet.

Die reinen geo-strategischen Gegebenheiten geben einen eindeutigen Handlungsrahmen vor, greifen jedoch zu kurz, um das innen- und außenpolitische Handeln der beiden Staaten zu definieren. Staatlich konstruierte Identitäten und historisch gewachsene außenpolitische Rollenverständnisse helfen, die Motivation von Außen- und Innenpolitik zu erklären und die Bildung sowie Veränderungen in der Definition des nationalen Interesses zu erkennen.⁵ Sowohl Saudi-Arabien als auch Iran definieren sich als islamische Staaten, deren Handeln religiös begründet und legitimiert wird. Auch wenn beide Staaten sich als Schutz- und Führungsmacht des sunnitischen bzw. schiitischen Glaubens gerieren, beanspruchen sie gleichzeitig für sich die Repräsentanz und den Interessenschutz der gesamten muslimischen Gemeinschaft (*ummah*) und die Förderung der muslimischen Einheit über konfessionelle und nationale Grenzen hinweg.

Die ideologische Basis beider Staaten beruht auf einem reformierten und staatlich definierten politischen Islam. Dieser staatlich vorgegebene Reform-Islam äußert sich außenpolitisch trotz Gemeinsamkeiten bei religiös begründeten, politischen Handlungsprinzipien (Solidarität mit der *ummah* und insbesondere den Palästinensern, prinzipielle Ablehnung des Zionismus-Gedankens bzw. des israelischen Staates, Ablehnung von westlichen Werten für die eigene Gemeinschaft) in einer kontinentalen Ausrichtung bei der Wahl von Verbündeten. Die einstigen „twin pillars“ der US-Sicherheitspolitik im Mittleren Osten in den 1970er Jahren haben sich nach der iranischen Revolution von 1979 von befreundeten Rivalen zu zwei der vehementesten ideologischen Gegner in der Region entwickelt.

Die einstigen „twin pillars“ der US-Sicherheitspolitik im Mittleren Osten haben sich nach der iranischen Revolution 1979 zu zwei der vehementesten ideologischen Gegner entwickelt.

Der Entstehung des heutigen Staates Saudi-Arabien geht die Geschichte eines langen und gewaltsamen Einigungsprozesses und der Ausbreitung des islamischen Glaubens auf der Arabischen Halbinsel voraus. Die „Nationenbildung“ des saudischen Staates wird als religiöse Mission verstanden, in der die Einheit der muslimischen Gemeinschaft als

5 | Siehe Ellinor Zeino-Mahmalat, *Saudi Arabia's and Iran's Iraq Policies in the Post-Gulf War Era. Re-Thinking Foreign Policy Analysis in the Gulf at the Intersection of Power, Interests, and Ideas*, Universität Hamburg, 2012.

Leitmotiv dient.⁶ Alle Formen von konfessionellen, tribalen oder provinziellen Zugehörigkeitsgefühlen werden in der saudischen Staatsrhetorik als Quelle von Spaltung und Desintegration (*fitna*) verurteilt.⁷ Gehorsam gegenüber dem Führer gilt im Diskurs der staatlichen Rechtsgelehrten (*ulama*) als muslimische Pflicht. Die aktuellen Proteste im Land (wie v.a. in der schiitisch geprägten Ostprovinz) werden folglich als Ungehorsam und als Spaltung des Gemeinwesens verurteilt.



Pilger in Mekka: Die saudische Führung sieht sich nicht nur als natürlicher Führer der muslimischen Welt, sondern auch als Verteidiger von regionalen und insbesondere golfarabischen Interessen. | Quelle: A.K. Photography, flickr (CC BY-SA).

Neben Saudi-Arabiens herausragender Stellung als Wiege von Islam und arabischer Zivilisation sowie als Hüter der beiden heiligen Stätten Mekka und Medina sieht sich die saudische Führung nicht nur als natürlicher Führer der muslimischen Welt und Verteidiger des wahren Glaubens, sondern auch als Verteidiger von regionalen und insbesondere golfarabischen Interessen. Dies äußert sich in vielfachen saudischen Versuchen und Initiativen, auf die regionale Politik Einfluss zu nehmen. Darunter fallen zum Beispiel die arabisch-israelische Friedensinitiative von 2002 seitens des saudischen Königs Abdallah (damals noch Kronprinz),

6 | Siehe Neil Partrick, *Nationalism in the Gulf States*, American University of Sharjah, 2009, 6 ff.

7 | Siehe Madawi Al-Rasheed, *A History of Saudi Arabia*, Cambridge University Press, 2002, 191.

die saudischen Schlichtungsversuche 2011 im Jemen oder auch die Entsendung von saudischen und emiratischen Truppen 2012 nach Bahrain zur Stabilisierung des bahrainischen Herrscherhauses. Insbesondere die kleineren Anrainer auf der Arabischen Halbinsel gelten als saudischer Hinterhof, in dem schwächere Staaten wie Jemen oder Bahrain in einigen Fällen wie saudische Provinzen behandelt werden.⁸

Die saudischen Ansprüche auf eine religiöse und regionalpolitische Führungsrolle werden von einer mit kulturell-zivilisatorischen und nationalistischen Überlegenheitsgefühlen ausgestatteten iranischen Republik herausgefordert. Die islamische Republik Iran stellt in ihrer Form ein Gegenmodell gegen die als unislamisch verurteilten monarchischen Regierungsformen dar und konnte sich lange rühmen, ihr sei als einzigem Regionalstaat eine „islamische“ Revolution und das Experiment einer „islamischen Demokratie“⁹ gelungen. Die iranischen Großmächts- und Überlegenheitsgefühle sind gleichzeitig gepaart mit einer wahrgenommenen Opferrolle und langjährigen Erfahrung regionaler Ausgrenzung und Verwundbarkeit. Das außenpolitische Selbstverständnis wird gespeist aus einer Kombination von persischem Nationalismus, schiitischem Islamismus und einem revolutionären Anti-Imperialismus. Es ist damit nicht nur religiös, sondern auch nationalistisch begründet. Nationale Unabhängigkeit, islamisch definierte Gerechtigkeit und revolutionärer Widerstand gelten als Leit motive des außenpolitischen Handelns und dienen als

8 | Vgl. Bernard Haykel, „Saudi-Arabia and Qatar in a Time of Revolution“, *CSIS Gulf Analysis Paper*, 02/2013, Washington D.C., 5.

9 | Johannes Reissner beschreibt das politische System Irans als „Hybrid-System“ mit republikanischen bzw. teildemokratischen und theokratischen Elementen. Siehe Johannes Reissner, „Iran: Autokratischer Islamo-Nationalismus mit Erdölposter“, in: Enno Harks/Friedemann Müller (Hrsg.), *Petrostaaten. Außenpolitik im Zeichen von Öl*, Baden-Baden, Nomos-Verlag, 2007, 35-53, hier: 38. Staatspräsident und Parlament werden, nach vorheriger Prüfung der Kandidaten durch den Wächterrat, eine Art Verfassungsgericht, demokratisch gewählt. Nach dem Prinzip der „Herrschaft des obersten Rechtsgelehrten“ (*velayat-e faqih*) liegt die ultimative Staatsmacht beim religiösen Führer. Dieser wird vom Expertenrat gewählt, ein aus 86 „tugendhaften und erfahrenen“ Geistlichen bestehender Rat, der vom Volk auf acht Jahre gewählt wird (nach vorheriger Kandidatenprüfung durch den Wächterrat).

Handlungsprinzipien für die außenpolitische Ausrichtung. Der mit Dritte-Welt-Rhetorik verbundene Anti-Imperialismus der iranischen Führung impliziert eine außenpolitische Anti-Status-quo-Haltung zur Überwindung der gegenwärtigen, als ungerecht empfundenen regionalen und internationalen Ordnung. Der nicht nur im iranischen Regime weitverbreitete, sondern auch in der iranischen Gesellschaft nicht unbekannt Argwohn gegenüber ausländischer Einmischung in der Region¹⁰ äußert sich aktuell, seitens des iranischen Regimes, in Beschuldigungen einer ausländischen Verschwörung in der Syrienkrise oder, parallel zur These des „Schiitischen Halbmonds“, in Vorwürfen des Schürens einer regionalen „Shiaphobie“ durch prowestliche Kräfte.

Während in der arabischen Welt weitgehend vom „arabischen Frühling“ gesprochen wurde, beschreibt das iranische Regime die Proteste als „islamisches Erwachen“.

Mit dem Ausbruch der Proteste in der arabischen Welt ab 2011 stehen sich unterschiedliche Perzeptionen und Argumentationsstränge zu den arabischen Umbrüchen gegenüber.

Während in der arabischen Welt weitgehend von „arabischen“ Protesten und dem „arabischen Frühling“ gesprochen wurde, beschreibt das iranische Regime die Proteste als regionales „islamisches Erwachen“ oder „islamische Revolutionen“.¹¹ Gleichzeitig werden, je nach Bedarf, die Proteste von saudischen regimetreuen Rechtsgelehrten als Quelle von *fitna* verurteilt. Iran ist bemüht, die arabischen Proteste als eine von der iranischen Revolution von 1979 inspirierte „pan-islamische Revolution“ zu beschreiben.

10 | Obwohl Iran nie vollständig kolonialisiert wurde, hat es seine lange Periode wiederkehrender ausländischer Interventionen erfahren. Im 19. und 20. Jahrhundert musste Iran (bzw. bis 1935 Persien) eine Reihe vom Ausland auferlegter Verträge und Konzessionen akzeptieren, darunter die Tabak-Konzession von 1890 und die von Großbritannien auferlegte Ölkonzession von 1901. In den 1940er Jahren gab es eine Reihe ausländischer Okkupationsversuche seitens Großbritannien und der Sowjetunion. Am stärksten im kollektiven Gedächtnis der iranischen Bevölkerung verwurzelt ist jedoch der 1953 von den USA und Großbritannien unterstützte Coup zur Absetzung der iranischen Mossadeq-Regierung.

11 | Zur iranischen Perspektive siehe auch Ali Adami und Najmieh Poursmaeili, „Saudi Arabia and Iran: the Islamic Awakening Case“, in: *Iranian Review of Foreign Affairs*, Nr. 4, 2013, 16.04.2013, 153 ff., <http://www.isrjournals.ir/images/pdf/Ali%20Adami%20&%20Najmieh%20Poursmaeli.pdf> [22.07.2013]. Adami und Poursmaeili argumentieren, dass die arabischen Umbrüche den regionalen Status Saudi-Arabiens geschwächt haben.

Mit Ausnahme der Proteste in Syrien, die als vom Ausland gelenkte, westliche Verschwörung verurteilt werden, hat das iranische Regime die arabischen Umbrüche als historische Verlängerung seiner Revolution umdefiniert.

ORTE SAUDI-IRANISCHER RIVALITÄT: ÄGYPTEN, JEMEN, BAHRAIN UND SYRIEN

Die arabischen Umbrüche haben Saudi-Arabiens und Irans geostrategische Kalkulationen in der Region verändert. Alte Konfliktfelder saudi-iranischer Rivalität (z.B. in Bahrain) haben sich seit den arabischen Revolutionen und Transformationsprozessen erneut aufgetan, während die regionalen Bündnisse (v.a. mit Ägypten und Syrien) neu verhandelt werden. Dabei muss trotz der gegenseitigen Inspiration und teils ähnlichen Ursachen der arabischen Proteste jeder Fall einzeln betrachtet werden. Aufgrund unterschiedlicher innenpolitischer Bedingungen sowie unterschiedlicher regionaler und ausländischer Interessen und Formen der Einflussnahme haben die arabischen Protestbewegungen zu verschiedenen Ergebnissen geführt.

Im Verlauf der regionalen Protestbewegungen bewies Saudi-Arabien strategisches Geschick im Anpassen an die jeweilige Situation. Angesichts der Entwicklungen in Ägypten wartet die saudische Führung noch die weitere Entwicklung ab, sie hat der neuen ägyptischen Übergangsregierung jedoch bereits großzügige finanzielle Hilfen in Aussicht gestellt. Im Jemen hat sie einen gelenkten Wandel eingeleitet, in Syrien und Bahrain hat sie sich für eine aktive Intervention entschieden. Iran hingegen unterstützte moralisch die Proteste in Tunesien, Libyen, Ägypten und Bahrain gegen die säkularen und (teils) pro-westlichen Regime. Die Aufstände in Syrien brachten Iran jedoch in ein politisches Dilemma. Mit der Unterstützung des syrischen Regimes ist Iran in einen kaum zu gewinnenden Konflikt geraten. Beiden Akteuren, Saudi-Arabien und Iran, geht es in ihrem Streben nach regionaler politisch-ideologischer Führerschaft um die aktive Mitgestaltung der regionalen Kräfteverhältnisse in Zeiten entscheidender regionaler Umbrüche.

Die Aufstände in Syrien brachten Iran in ein politisches Dilemma. Mit der Unterstützung des syrischen Regimes ist Iran in einen kaum zu gewinnenden Konflikt geraten.

ÄGYPTEN: ZWISCHEN IRANISCHER ANNÄHERUNG UND ARABISCHEN „KOOPERATIONSDIVIDENDEN“

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung der politisch-ideologischen Kräftekonstellation im Nahen und Mittleren Osten erscheint die künftige Positionierung Ägyptens als großes Fragezeichen. Die politische Ausrichtung der ägyptischen Führung kann die politisch-ideologische Ordnung sowie die Möglichkeiten saudisch-iranischer Machtprojektionen in der Region entscheidend beeinflussen.

Saudi-Arabiens Neuauslotung seiner Beziehungen zu Ägypten

Für Saudi-Arabien stellten die ägyptische Revolution und die Machtübernahme der ägyptischen Muslimbrüder in zweifacher Hinsicht eine Herausforderung dar. Zum einen wird die internationale Muslimbruderschaft als ideologische und machtpolitische Konkurrenz zum saudischen Staatsislam des Wahhabismus betrachtet. Zum anderen befürchtete das saudische Herrscherhaus eine mögliche ägyptisch-iranische Annäherung oder zumindest das Ausspielen der „Iran-Karte“ durch eine neue und möglicherweise schwerer steuerbare oder kalkulierbare ägyptische Führung.

Der politische Aufstieg der Muslimbrüder an die Spitze der Regierungen in Tunesien und (zeitweise) in Ägypten wurde im saudischen Herrscherhaus sowie in den anderen Golfmonarchien als politische und religiös-ideologische Herausforderung wahrgenommen. Vor allem Präsident Mursis Machtübernahme in Ägypten im Juni 2012 hatte die Herrscherhäuser in Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Kuwait in Alarmstimmung versetzt. Während Dubais Polizeichef Dahi Khalfan Tamim¹² im Juli 2012 das Netzwerk der Muslimbrüder als gleichstarke Bedrohung der Sicherheit am Golf neben Iran und seinem transnationa-

12 | Im Juli 2012 warnte Dubais Polizeichef vor der internationalen Muslimbruderschaft sowie einer internationalen Verschwörung, die Regierungen in den arabischen Golfstaaten zu stürzen. Gegenüber den neuen von der Muslimbruderschaft geführten Regierungen sprach er die Warnung aus, keine „rote Linie“ in den Golfstaaten zu übertreten. Siehe Andrew Torchia et al., „Dubai police chief warns of Muslim Brotherhood, Iran threat“, Reuters, 26.07.2012, <http://reuters.com/article/2012/07/26/us-emirates-police-brotherhood-idUSBRE86P10420120726> [22.07.2013].

len schiitischen Netzwerken wertete, bezeichnete der im letzten Jahr verstorbene frühere saudische Kronprinz und Innenminister, Prinz Nayef, die Muslimbruderschaft bereits 2002 als „Ursache aller Probleme in der muslimischen Welt“.¹³

Dabei bot Saudi-Arabien ägyptischen Muslimbrüdern unter Nassers Repressionspolitik gegen die Muslimbruderschaft in den 1950er und 1960er Jahren lange Zeit Asyl. Erst in den 1990er Jahren entwickelte sich die Muslimbruderschaft zu einer ernsthaften politischen Konkurrenz. In der Kuwait-Krise 1990 hat sie sich auf die Seite Saddam Husseins gestellt. Die saudische Führung warf den Muslimbrüdern zudem vor, saudische Bürger zu radikalisieren und gegen das Regime aufzuhetzen. Das Ergebnis waren staatliche Kampagnen gegen die Muslimbruderschaft mit einer Reihe von Verhaftungen und dem Verbot von Organisationen, die ihr nahestehen.¹⁴

In der Kuwait-Krise 1990 hat sich die Muslimbruderschaft auf die Seite Saddam Husseins gestellt. Die saudische Führung warf ihr vor, saudische Bürger gegen das Regime aufzuhetzen.

Die Skepsis bis Feindschaft der saudischen Führung gegenüber der Muslimbruderschaft ist eher (macht-)politisch als religiös begründet. Das erklärte Ziel der Muslimbrüder,¹⁵ mit dem Mittel demokratischer Wahlen einen islamischen Staat zu errichten, steht im Widerspruch zum islamischen Staatskonzept der saudischen Führung auf der Basis einer feudal geprägten Erbmonarchie. Heute ist die Muslimbruderschaft die einzige ernst zu nehmende, organisierte

13 | Siehe *Dawn.com*, „Nayef blames Ikhwan for Arab world's problems“, 29.11.2002, <http://archives.dawn.com/2002/11/29/int12.htm> [22.07.2013].

14 | In den 1990er Jahren schlossen sich zudem viele Muslimbrüder der saudischen Protestbewegung *al-Sahwa al-Islamiyah* (Islamisches Erwachen) an, die sich gegen die Stationierung von ausländischen, nicht-muslimischen Truppen auf saudischem Boden infolge der Kuwait-Krise aussprach. 2011 unterstützten einige führende Muslimbrüder die politische Reformbewegung in Saudi-Arabien sowie die Petition zur Schaffung eines unabhängigen Rats (*majlis asch-schurah*).

15 | Dennoch dürfen die verschiedenen Gruppierungen der Muslimbrüder in den Golfstaaten nicht als monolithischer Block verstanden werden. Agenda und Beziehung zum jeweiligen Herrscherhaus variieren stark zwischen den einzelnen Ländern. Siehe Lori Plotkin Boghardt, „The Muslim Brotherhood in the Gulf: Prospects for Agitation“, in: *Policywatch* 2087, 10.06.2013, The Washington Institute, <http://washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/the-muslim-brotherhood-in-the-gulf-prospects-for-agitation> [22.07.2013].

politische Kraft in der saudischen Gesellschaft mit einer vom saudischen Herrscherhaus nicht kontrollierbaren Machtstruktur. Während der aktuellen Umbrüche in der arabischen Welt ist die Skepsis der Golfmonarchien gegenüber der Muslimbruderschaft gewachsen. Dies äußerte sich unter anderem an der Sorge der Golfstaaten gegenüber möglichen ideologisch-politischen Einflüssen der arabischen Arbeitsmigranten auf ihre eigenen Bevölkerungen. Nach 2011 wurden viele Visa für ägyptische und tunesische Arbeiter am Golf nicht verlängert.

Zudem wäre eine nachhaltige ägyptisch-iranische Annäherung oder gar ein Bündnis beider Akteure für die arabischen Golfstaaten eine erhebliche Verschlechterung der geo-strategischen und regionalpolitischen Kräfteverhältnisse. Insbesondere nach dem schmerzhaften vermeintlichen „Verlust“ Iraks ist es für die arabischen Golfmonarchien von strategisch großer Bedeutung, dass Ägypten eine stabile und loyale Macht im arabischen Lager bleibt.

Mursis erster Staatsbesuch galt Saudi-Arabien. Ägyptens finanzielle Abhängigkeit von den USA und den arabischen Golfstaaten als wichtigste Geldgeber ist anhaltend hoch.

Die Beziehungen zwischen Präsident Mursi und Iran gestalteten sich eher zögerlich. Mursi vermied es, die „rote Linie“ einer Normalisierung seiner Beziehungen mit Iran zu überschreiten. Die Regionalpolitik in Präsident Mursis kurzer Amtszeit kann als überwiegend saudi-freundliche Realpolitik beschrieben werden. Mursis erster Staatsbesuch galt Saudi-Arabien, wo es vor allem auf die Sicherung der dringend benötigten finanziellen Hilfe für Ägypten ankam. Ägyptens finanzielle Abhängigkeit von den USA und den arabischen Golfstaaten als wichtigste Geldgeber ist anhaltend hoch. Zudem arbeiten über eine Million Ägypter als Gastarbeiter im Golf. Sie erwirtschaften erhebliche Deviseneinnahmen und entlasten gleichzeitig den ägyptischen Arbeitsmarkt.

Als am 3. Juli der ägyptische Militärrat Präsident Mursi absetzte und Adly Mansour, den Präsidenten des ägyptischen Verfassungsgerichtshofs, zum neuen Interims-Staatspräsidenten ernannte, kam das erste arabische Glückwunschsreiben aus Saudi-Arabien. König Abdallah gratulierte dem neuen Übergangspräsidenten und lobte die Entschei-

derung des ägyptischen Militärrats.¹⁶ Am 9. Juli kündigte Saudi-Arabien der neuen ägyptischen Führung bereits ein Hilfspaket von fünf Milliarden US-Dollar zur Ankurbelung der ägyptischen Wirtschaft an.¹⁷

Alle zukünftigen ägyptischen Regierungen werden von der saudischen Führung zum einen genau dahingehend beobachtet, wie sie sich gegenüber Iran positionieren. Zum anderen hofft die saudische Führung auf eine konservative Regierung in Ägypten ohne allzu progressive Reformvisionen im innen- wie im außenpolitischen Bereich. Nur ein eindeutiges Bekenntnis der zukünftigen ägyptischen Führung zum konservativen, arabisch-sunnitischen Lager würde Ägypten für die saudische Führung wieder zu einem vertrauten und berechenbaren Partner machen.

Nur ein eindeutiges Bekenntnis der zukünftigen ägyptischen Führung zum konservativen, arabisch-sunnitischen Lager würde Ägypten für die saudische Führung wieder zu einem berechenbaren Partner machen.

Möglichkeiten und Grenzen einer ägyptisch-iranischen Annäherung

Während der frühere ägyptische Präsident Hosni Mubarak Iran und seine regionalen Verbündeten, die libanesisch-schiitische Hisbollah und die palästinensisch-sunnitische Hamas, als Bedrohung charakterisierte, weisen die Anhänger und die Wählerschaft Mursis einerseits ein gewisses Maß an Sympathie für Hisbollah und Hamas auf. Zudem sehen sich nicht wenige Muslimbrüder auch von der iranischen Revolution von 1979 mitinspiert.

Andererseits lehnen viele Ägypter eine Annäherung an Iran aus konfessionellen und ideologischen Gründen ab. Ägyptische Gelehrte der Al-Azhar-Universität sowie salafistisch orientierte Ägypter weisen eine Skepsis bis Feindschaft gegenüber dem iranisch-schiitischen Islam auf. Zudem hat Irans Unterstützung des syrischen Al-Assad-Regimes bzw. der irakischen Maliki-Regierung für Zorn unter Ägyptens

16 | Siehe „Saudi king congratulates Egypt’s new interim president“, *Al Arabiya*, 04.07.2013, <http://english.alarabiya.net/en/News/middle-east/2013/07/04/Saudi-king-congratulates-Egypt-new-interim-president.html> [22.07.2013].

17 | Siehe „Saudi Arabia, UAE pledge \$8 billion to Egypt after coup“, *PressTV*, 09.07.2013, <http://presstv.ir/detail/2013/07/09/313074/saudi-uae-to-shower-billions-on-egypt> [22.07.2013].

Der Besuch vieler Orte in Ägypten, darunter auch einige schiitische Moscheen, wurde iranischen Touristen untersagt.

Islamisten wie Säkularen erzeugt. Die Gefühle der Mehrheit der Ägypter gegenüber Iran bleiben gemischt. Es gibt sowohl eine gewisse Bereitschaft, die seit 1979 eingefrorenen Beziehungen zu verbessern, als auch einen verbreiteten Argwohn gegenüber dem schiitischen Islam und seiner Verbreitung durch Iran in Ägypten. Nur ca. zwei Prozent der Ägypter sind schiitischen Glaubens. Dennoch gibt es eine latente Angst vor iranisch-schiitischer Einflussnahme und Missionierung. Wie stark diese verwurzelt ist, zeigt die Bekanntgabe des ägyptischen Außenministeriums, iranischen Touristen bestimmte Einschränkungen aufzuerlegen. Der Besuch vieler Orte in Ägypten, darunter auch einige schiitische Moscheen, wurde iranischen Touristen untersagt. Die im März 2013 angekündigte Aufnahme des seit über 30 Jahren ausgesetzten Flugverkehrs zwischen Ägypten und Iran wurde im April auf Anweisung des ägyptischen Tourismusministers wieder ausgesetzt.

Die „Annäherung“ des im Juli abgesetzten Präsidenten Mursi kam nur zögerlich und kann eher als ein Signal an den Westen verstanden werden. Ägypten konnte dadurch behaupten, von westlichen Interessen unabhängig zu sein, und zudem seine Verhandlungsposition gegenüber den verschiedenen politischen Lagern verbessern.¹⁸ Mursis Besuch des Gipfels der Blockfreien Staaten in Teheran im Oktober 2012, der erste Besuch eines ägyptischen Staatspräsidenten in Iran seit 1979,¹⁹ sorgte jedoch wegen seiner klaren Positionierung gegen das syrische Assad-Regime ebenfalls eher für Irritationen unter den iranischen Gastgebern als für eine Annäherung mit Teheran.²⁰ Seine diplomatische Botschaft in Teheran lässt Ägypten seit 1979 bis dato geschlossen.

- 18 | Präsident Mursi hätte eine Annäherung an pro-iranische Kräfte nutzen können, um von den konservativen Golfstaaten zurück auf ihre Seite „gekauft“ zu werden. Diese Strategie erschien nicht ganz unwahrscheinlich angesichts der langjährigen ägyptischen Strategie während des Kalten Krieges, US-amerikanische und sowjetische Interessen gegeneinander auszuspielen.
- 19 | Iran hatte 1979 nach dem ägyptisch-israelischen Friedensabkommen seine diplomatischen Beziehungen zu Ägypten abgebrochen.
- 20 | Präsident Mursi wertete seinen nur einige Stunden dauernden Iran-Besuch bewusst nicht als Staatsbesuch und traf sich infolgedessen nicht mit dem iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khamenei. Zudem vermied er es, über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Iran zu sprechen.

Die Absetzung Präsident Mursis am 3. Juli durch den ägyptischen Militärrat wurde von der iranischen Führung zwar verurteilt, dennoch wurde auch Kritik an der Regierungsführung Mursis geäußert. Der Sprecher des Außenministers verurteilte das Eingreifen des ägyptischen Militärs und sprach von einer Einmischung und Unterstützung ausländischer Mächte. Gleichzeitig bewertete er die jüngste Entwicklung in Ägypten nicht als Rückgang des „islamischen Erwachens“, sondern eher als Folge von Mursis ineffizienter Regierungsarbeit. Alaeddin Boroujerdi, Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik, warnte vor einer gefährlichen Spaltung und Polarisierung der ägyptischen Gesellschaft, die ein ähnliches Konfliktpotenzial wie in Syrien oder Irak bergen.²¹

JEMENS UND BAHRAINS DEMOKRATIEBEWEGUNGEN: IM SCHATTEN SAUDI-IRANISCHER VORMACHTS- ANSPRÜCHE

Jemen und insbesondere Bahrain sind 2011 erneut als Spielfelder eines saudi-iranischen Vormachtstrebens in den Blickpunkt geraten. Während Jemen mit Ausbruch der arabischen Proteste noch einen relativ schnellen, von außen vermittelten neuen Herrschaftsdeal vereinbaren konnte, halten der soziale Unmut und konfessionelle Spannungen in Bahrain weiter an.

In Saudi-Arabiens Jemenpolitik bestand die höchste Priorität darin, die Proteste und Aufstände in seinem Nachbarland so schnell wie möglich zu beenden. Saudi-Arabien hat historisch enge Beziehungen zu verschiedenen jemenitischen politischen wie tribalen Akteuren. Gleichzeitig wirft die saudische Führung seit langem Iran vor, jemenitische Rebellen zu beherbergen.

Im März 2011 präsentierte der Golfkooperationsrat auf saudische Initiative hin einen Plan für eine friedliche Machttransition in Jemen. Im November 2011 unterschrieb der damals amtierende jemenitische Präsident Ali Abdullah Saleh in Riad seine Machtübergabe. Als Gegenleistung

21 | Zu den offiziellen iranischen Kommentaren zur Absetzung Mursis siehe „Iran on Egypt: Range of Reactions“, *The Iran Primer*, United States Institute of Peace (USIP), 10.07.2013, <http://iranprimer.usip.org/blog/2013/jul/10/iran-egypt-range-reactions> [22.07.2013].

erhielt er ein Amnestie-Versprechen. Als im Februar 2011 auch soziale Proteste in Bahrain losbrachen, versuchte die saudische Führung, die Ursachen und den Charakter der Proteste von den anderen sozialen Unruhen in der arabischen Welt zu trennen. Die bahrainische sowie die sunnisch-arabischen Führungen im Golf vertreten beharrlich die Narrative von der „bahrainischen Ausnahme“ und von Bahrain als „isolierendem“ und „besonderem Fall“. Laut dieser These sind die bahrainischen Proteste nicht Teil der (legitimen) Reformbewegung in der arabischen Welt, sondern eine von Iran agitierte, sektiererische Bewegung mit einer konfessionellen Agenda. Sowohl das saudische Regime als auch saudische Islamisten vertreten die These, dass Iran die bahrainischen Schiiten gegen das Herrscherhaus aufhetze, um eine konfessionelle Spaltung in seinem Interesse voranzutreiben. Die sozialen Proteste für politische Reformen werden als Sektierertum, Terrorismus, nationaler Verrat und iranische Einmischung dargestellt. Der bahrainischen Opposition wird dadurch ein Platz in der arabischen Protest- und Demokratiebewegung verweigert. Der bahrainische Staat hat über Jahre anti-schiitische Emotionen unter den 40 Prozent Sunniten seiner Bevölkerung geschürt und konnte bisher erfolgreich eine über-konfessionelle Oppositionsbewegung verhindern.



Proteste gegen Ali Abdullah Saleh in New York im Mai 2011: Im November 2011 unterschrieb der jemenitische Präsident in Riad seine Machtübergabe an Vizepräsident Abd Rabbo Mansour Hadi. | Quelle: André-Pierre du Plessis, flickr (CC BY).

Im März 2011 entsandten Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate auf Anfrage des bahrainischen Herrscherhauses 2.000 Soldaten im Rahmen der Peninsula Shield Force des Golfkooperationsrats nach Bahrain, um das dortige Königshaus zu schützen. Der militärisch forcierte Machterhalt der bahrainischen Königsfamilie ist ein weiteres Element traditioneller saudischer Status-quo-Politik in der Region.

Ähnlich wie die saudische Führung versucht auch das iranische Regime, die Proteste in Bahrain in seinem Interesse zu deuten. Die iranische Führung betrachtet die Proteste als natürliche Reaktion auf das illegale Regime

der Al-Khalifa. Der stellvertretende iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian bezeichnete die bahrainischen Proteste als die legitime Einforderung von Menschen- und Bürgerrechten und bewertete sie als Fortsetzung der iranischen Revolution von 1979.²² Der iranische Hardliner und Herausgeber der iranischen Tageszeitung *Kayhan*, Hossein Shariatmadari, hatte bereits 2007 mit der Äußerung für Aufsehen gesorgt, dass Bahrain historisch gesehen eine Provinz Irans sei. Damit hatte er Befürchtungen der Golfanrainer vor iranischen Vormachtansprüchen in ihrer Nachbarschaft bestärkt. Von der iranischen Führung wird jeder Vorwurf einer iranischen Einflussnahme im aktuellen Konflikt in Bahrain verneint.²³

Der stellvertretende iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian bezeichnete die bahrainischen Proteste als die legitime Einforderung von Menschen- und Bürgerrechten.

SYRIEN: VOM AKTEUR ZUM SPIELFELD REGIONALER ORDNUNGSVORSTELLUNGEN

Mit dem unerwarteten Losbrechen von politischen Protesten in Syrien und dem brutalen Vorgehen des syrischen Regimes gegen die eigene Bevölkerung hat die arabische Protest- und Demokratiebewegung eine neue, dramatische Wendung genommen. Durch verschiedene Formen ausländischer Intervention, Unterstützungen unterschiedlicher Gruppen bzw. internationale Vermittlungsversuche hat sich Syrien mittlerweile von einem wichtigen, handlungsfähigen

22 | Siehe „Bahrain situation different had Iran interfered“, Mehrnews.com, 26.01.2013, <http://old.mehrnews.com/en/newsdetail.aspx?NewsID=1800424> [22.07.2013].

23 | Siehe „Bahrain rejects anti-Iranian claims on its media“, Mehrnews.com, 25.01.2013, <http://old.mehrnews.com/en/newsdetail.aspx?NewsID=1799760> [22.07.2013].

Akteur in ein neues regionalpolitisches Spielfeld verwandelt. Es besteht die Gefahr, dass sich die Syrienkrise zu einem langwierigen Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien und Iran entwickelt. Bisher stehen sich zwei Blöcke gegenüber. Die Pro-Assad-Front mit Iran, Russland, China, Libanon und Irak auf der einen Seite, und die Assad-Gegner mit den Hauptakteuren USA, Europa, Saudi-Arabien, Qatar und Türkei. Die Unterstützung unterschiedlicher, auch terroristischer Kräfte wie die brutalen Schabiha-Milizen durch Iran oder die Duldung von salafistischen Kämpfern durch Saudi-Arabien können langfristig nicht kontrollierbare und nicht beabsichtigte Kräfte entfesseln.

Saudi-Arabiens Syrienpolitik

Für die saudische Führung war das säkular-schiitische und eng mit Iran verbündete Assad-Regime schon lange ein regionaler Störfaktor.

Auf den ersten Blick erscheint es als Widerspruch, dass sich die saudische Führung auf die Seite der syrischen Opposition und damit auf die Seite der Freiheits- und Demokratiebewegung gestellt hat. Für die saudische Führung war das säkular-schiitische und eng mit Iran verbündete Assad-Regime jedoch schon lange ein regionaler Störfaktor.²⁴ Auch wenn Saudi-Arabien traditionell der Garant des regionalen Status quo ist und in der Regel nur eingreift, um den Bestand der regionalen Machtverhältnisse zu gewährleisten, hat sich die saudische Führung relativ früh gegen das Assad-Regime positioniert. Zusammen mit Qatar war Saudi-Arabien das erste arabische Land, das Mitte 2011 seinen Botschafter aus Damaskus zurückrief. Innerhalb der Arabischen Liga führen Saudi-Arabien und Qatar den Widerstand gegen das Assad-Regime an. Nur Irak und die Hisbollah im Libanon stellen sich weiterhin hinter Assad. Saudi-Arabien ist ein wichtiger Unterstützer der Gruppe „Friends of Syria“

24 | Durch das Attentat auf den saudi-libanesischen Unternehmer Rafiq Hariri im Februar 2005, an dessen Planung das syrische Regime mutmaßlich beteiligt war, verschlechterten sich die saudi-syrischen Beziehungen erheblich. Einen absoluten Tiefpunkt erreichten die Beziehungen nach dem 34-tägigen Krieg 2006 zwischen Israel und der Hisbollah. Angesichts des erfolgreichen Widerstands der Hisbollah bezeichnete Präsident Bashar Al-Assad die pro-westlichen arabischen Führer als „halbe Männer“ (*nisaf rijal*), eine schwerwiegende Beleidigung in arabischen stammesgesprägten Gesellschaftsschichten. Auch die zwischen 2009 und 2010 initiierten Staatsbesuche zwischen Saudi-Arabien und Syrien konnten die ideologischen und persönlichen Gräben nicht überwinden, besänftigten aber zumindest die Gemüter der beiden Staatsoberhäupter.

sowie mit Qatar zusammen ein Hauptsponsor finanzieller und militärischer Hilfe für die syrische Opposition. Problematisch ist jedoch, dass sich mittlerweile tausende sunnitische Jihadisten in Syrien aufhalten, die ihre eigenen Ziele verfolgen. Während Qatar zum Leid der saudischen Führung die syrische Muslimbruderschaft unterstützt, scheint Saudi-Arabien ideologisch eher der salafistischen Opposition in Syrien nahe zu stehen. Im saudischen Interesse wäre es, das säkular-schiitische Baath-Regime zu beseitigen, Iran und die libanesische Hisbollah zu schwächen und eine Machtübernahme der syrischen Muslimbruderschaft zu verhindern. Eine nachhaltige Unterstützung von salafistischen und al-Qaida nahe stehenden Kräften wäre für die saudische Führung jedoch eine höchst gefährliche Strategie. So haben sich die von der saudischen Führung unterstützten saudischen, jihadistischen Kämpfer in Afghanistan in den 1980er Jahren später als radikalisierte Rückkehrer gegen das saudische Regime gewendet.

Irans Syrienpolitik: Strategische Vorsorge für eine Zeit nach Assad?

Irans Syrienpolitik ist deutlich komplizierter und pro-aktiver. Für Iran steht mit dem Assad-Regime sein wichtigster strategischer Verbündeter in der arabischen Staatenwelt auf dem Spiel. Der Fall des Assad-Regimes würde für Iran einen empfindlichen Verlust regionaler Macht bedeuten. Dementsprechend entschlossen ist die iranische Führung, das syrische Regime mit allen Mitteln zu stützen.

Syrien ist für die iranische Republik die logistische Drehscheibe, um Einfluss in Libanon und Palästina zu nehmen. Das Assad-Regime gewährt bedeutenden iranischen Verbündeten wie der libanesischen Hisbollah und dem palästinensischen Islamischen Jihad wichtigen Zugang und logistische Unterstützung für die Bewegung von Kämpfern, Waffen und Geld durch syrisches Territorium. Zudem ist Syrien ein wichtiges Element in Irans Abschreckungsstrategie gegenüber möglichen Militärschlägen seitens der USA und Israels. Trotz der auf den ersten Blick gegensätzlichen ideologischen Ausrichtungen, eine säkular-sozialistische Baath-Ideologie auf der einen Seite und eine streng islamische sowie persisch-nationalistische

Syrien ist ein wichtiges Element in Irans Abschreckungsstrategie gegenüber möglichen Militärschlägen seitens der USA und Israels. Beide Regime weisen überdies starke ideologische Gemeinsamkeiten auf.

Republik auf der anderen Seite, weisen das syrische und iranische Regime auch starke ideologische Gemeinsamkeiten auf, unter anderem eine ideologisierte Feindschaft gegenüber Israel und seinem amerikanischen Verbündeten. Dass beide Regime der schiitischen Religion im weiteren Sinne angehören, spielt in der politischen Zweckallianz keine ausschlaggebende Rolle.

Seit der Gründung der iranischen Republik vor über 30 Jahren hat sich die syrisch-iranische Allianz als stabil erwiesen. Der damalige Präsident Hafiz Al-Assad unterstützte in den 1980er Jahren die junge iranische Republik in seinem achtjährigen Krieg mit Irak. Iran unterstützte im Gegenzug die brutale Unterdrückung der sunnitisch-islamistischen Aufstände der syrischen Muslimbruderschaft in Hama 1982. Zahlreiche bilaterale Abkommen im industriellen, militärischen und energiepolitischen Sektor untermauern die syrisch-iranische Zusammenarbeit. 2006 wurde ein syrisch-iranisches Militärabkommen in Form eines Beistandspaktes geschlossen.²⁵

Ziel der iranischen Führung im aktuellen Konflikt ist es, das Assad-Regime so lange wie möglich an der Macht zu halten.

Iran könnte darauf abzielen, einen „alawitischen Rumpf-Staat“ mit Damaskus und einigen strategischen Regionen zu erhalten, der auch in Zukunft seine logistische Aufgabe für Iran erfüllt.

Ali Akbar Velayati, außenpolitischer Berater von Revolutionsführer Khamenei, beschrieb Syrien als „goldenen Ring des Widerstands“. Iran sei nicht bereit, dieses goldene Gegengewicht aufzugeben.²⁶ Im Januar 2013 wertete Velayati zudem jeden Angriff auf Syrien

als einen Angriff auf Iran. Gleichzeitig ist es Iran bewusst, dass das Assad-Regime in seinen heutigen Grenzen kaum Bestand haben wird. Iran könnte daher darauf abzielen, einen „alawitischen Rumpf-Staat“²⁷ mit Damaskus und ei-

25 | Zur 30-jährigen syrisch-iranischen Allianz siehe Jubin M. Goodarzi, „Syria and Iran: Alliance Cooperation in a Changing Regional Environment“, in: *Ortadoğu Etütleri*, Bd. 4, Nr. 2, 01/2013, Center for Middle Eastern Strategic Studies (ORSAM), 31-54, http://orsam.org.tr/en/enUploads/Article/Files/201331_makale2.pdf [22.07.2013].

26 | Siehe „West seeks to break resistance chain by targeting Syria“, *PressTV*, 04.09.2012, <http://presstv.com/detail/2012/09/04/259810/west-targets-syria-to-stifle-resistance> [22.07.2013].

27 | Siehe Will Fulton et al., *Iranian Strategy in Syria*, 05/2013, Institute for the Study of War (ISW) / American Enterprise Institute (AEI). Fulton et al. sehen eine mögliche zukünftige Einflusszone Irans in den Gebieten um Damaskus, Homs und an Teilen der Küste.

nigen strategischen Regionen zu erhalten, der auch in Zukunft seine logistische Aufgabe für Iran erfüllt. Zudem ist die iranische Führung bemüht, verbündete Gruppen und Institutionen in Syrien aufzubauen, die das Assad-Regime überleben können. Iran sorgt daher bereits für eine Zeit nach Assad vor, um einen weitgehenden Schutz seiner Interessen auch in einem Post-Assad-Regime zu garantieren.²⁸

Iran ist mit verschiedenen militärischen Einheiten in Syrien präsent und bietet den syrischen Sicherheitsinstitutionen Training und Beratung sowie militärische Ausrüstung. Dabei sind nach US-amerikanischen Angaben nicht nur die für militärische Auslandsaktionen vorgesehene Spezialeinheit der iranischen Revolutionsgarden, die Quds-Brigade, vor Ort, sondern auch die Bodestreitkräfte der iranischen Revolutionsgarden. Die Bodentruppen sind eigentlich für die iranische innere Sicherheit und konventionelle Operationen zuständig. Die Anwesenheit von hochrangigen Kommandeuren der iranischen Bodestreitkraft in Syrien zeigt damit eine neue Dimension der iranischen Intervention.²⁹ Im August 2012 wurden nach syrischen Angaben 48 Mitglieder der iranischen Revolutionsgarden durch syrische Rebellen festgenommen.

Nach Ansicht der iranischen Führung sind es jedoch vor allem andere ausländische Kräfte in Syrien, die mit der Bewaffnung der Aufständischen den Konflikt schüren. Im Gegensatz zu den anderen arabischen Protestbewegungen betrachtet Iran die syrische Oppositionsbewegung nicht als Teil des „islamischen Erwachens“ in der Region, sondern als unrechtmäßig und vom Ausland manipuliert. Angesichts der Infiltration zahlreicher externer jihadistischer und al-Qaida nahe stehender Kämpfer in Syrien beschreibt Iran das Vorgehen des Assad-Regimes als rechtmäßigen Kampf gegen Terroristen und ausländische

Im Gegensatz zu den anderen arabischen Protestbewegungen betrachtet Iran die syrische Oppositionsbewegung als unrechtmäßig und vom Ausland manipuliert.

28 | Durch die Unterstützung unterschiedlicher, in Syrien aktiver Gruppen wie der paramilitärischen Shabiha-Miliz oder der libanesischen Hisbollah ist Iran bemüht, ein gewisses Maß an Einfluss auch nach einem möglichen Sturz des Assad-Regimes zu behalten. Gleichzeitig ist für Iran das schiitische Viertel Sayyeda Zeinab von Damaskus ein strategischer Ort, um weiterhin über pro-schiitische und pro-iranische Kräfte in Syrien regionalen Einfluss nehmen zu können. Siehe ebd.

29 | Zu Irans militärischer Strategie in Syrien siehe ebd.

Destabilisierungsversuche. Die Ursachen der Syrienkrise liegen der iranischen Argumentation zufolge in der Einmischung und Manipulation internationaler und regionaler Kräfte, die die derzeitige regionale Situation nutzen, um das Assad-Regime zu beseitigen.

Dennoch hat die iranische Führung aus strategischem Kalkül das mit brutaler Gewalt gegen die Oppositionellen vorgehende syrische Regime zur Mäßigung ermahnt. Der iranische Außenminister Ali Akbar Salehi drängte darauf, mit dem „friedlichen Teil“ der Opposition in Dialog zu treten. Die iranische Führung hat zudem die Bildung einer neuen „Transitionsregierung“ bestehend aus dem Assad-Regime und der „friedlichen Opposition“ vorgeschlagen. Iran betont dabei immer wieder, dass es nur eine inner-syrische Lösung und keine von außen implementierte, militärische Lösung geben kann.³⁰

Iran betont immer wieder, dass es nur eine inner-syrische Lösung und keine von außen implementierte, militärische Lösung geben kann.

FAZIT: FORTSETZUNG DER HERKÖMMLICHEN STRATEGIEN ZUR HERRSCHAFTSSICHERUNG?

Nach Irak ist nun Syrien zum neuen Schauplatz eines regionalen Stellvertreterkriegs geworden, in dem regionale Vormachtansprüche, konkurrierende ideologische Politikmodelle und neu geweckte bzw. manipulierte konfessionelle Spannungen zum Ausdruck kommen. Dabei geht es nicht nur um die Neuordnung der rein physischen Machtverhältnisse in der Region, sondern auch um die Sicherung der Deutungshoheit über die aktuellen Geschehnisse.

Kampf um die Deutungshoheit

Genauso wie die einst nicht-religiösen und rein auf politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit gerichteten Protestbewegungen der arabischen Bevölkerungen nun von aufsteigenden islamistischen Akteuren für sich in Anspruch genommen werden, deuten auch die bestehenden staatlichen Regime die Protest- und Demokratiebewegungen in ihrem Interesse um. Je nach Bedarf werden die sozialen

30 | Siehe „Iran Calls for Syrian Dialogue With Opposition“, *The Iran Primer*, USIP, 07.05.2013, <http://iranprimer.usip.org/blog/2013/may/07/iran-calls-syrian-dialogue-opposition> [22.07.2013].

Bewegungen von Iran als „islamisches“, von der iranischen Revolution inspiriertes Erwachen (Tunesien, Ägypten) oder als von außen manipulierte Aufstände (Syrien) gewertet. In gleicher Weise hat die saudische Führung die Protestbewegungen als illegitimen „Ungehorsam“ gegenüber dem Herrscher und Spaltung der muslimischen Gemeinschaft (Proteste in Saudi-Arabien) oder als iranisch-schiitische Manipulationsversuche (Bahrain) bezeichnet. Im Fall Ägypten hat sich das saudische Königshaus zunächst hinter Präsident Hosni Mubarak gestellt.³¹ Erst als die Volksaufstände zu populär wurden und die breite Unterstützung durch die arabischen Bevölkerungen genoss, wurde die ägyptische Revolution als „legitim“ umgedeutet.³²

Dennoch besteht bei den staatlichen Interpretationsversuchen die Gefahr einer ungewollten Rückwirkung. Das Schüren von konfessionellen Ängsten in den eigenen Bevölkerungen kann sich langfristig für den sozialen Frieden als kontraproduktiv erweisen und geht zudem an deren Bedürfnissen vorbei. Vor allem das saudische Herrscherhaus muss sich den sozialen Herausforderungen in seiner schiitisch geprägten Ostprovinz stellen.

Das Schüren von konfessionellen Ängsten in den eigenen Bevölkerungen kann sich langfristig für den sozialen Frieden als kontraproduktiv erweisen und geht an deren Bedürfnissen vorbei.

Die golfarabischen Staaten und Iran beschuldigen sich gegenseitig, konfessionelle Spannungen zu schüren. Iran sieht sich als Opfer einer staatlich geschürten „Shia-Phobie“. Einer vermeintlich sunnitisch-schiitischen Trennlinie setzt die iranische Führung einen islamischen Universalismus entgegen. Die iranische Syrienpolitik hat jedoch Irans Möglichkeit, eine pan-islamische Vorbildfunktion für die arabischen Bevölkerungen zu spielen, unterminiert. In den arabischen Umbrüchen haben die Menschen ihre eigene Stimme gefunden, sie brauchen keine staatliche Interpretation für ein gerechtes, islamisch geprägtes Politikmodell. Die arabischen Herrscher am Golf sehen hingegen Iran als Täter, der versucht, ihre schiitischen Bevölkerungsgruppen

31 | Ende Januar 2011 drückte der saudische König Abdullah noch Unterstützung für Präsident Mubarak aus.

32 | Während eine große Mehrheit der konservativen saudischen Wahhabis überzeugt ist, dass Rebellion selbst gegen einen ungerechten Herrscher im Islam verboten ist, befanden sich die saudischen Facebook- und Twitter-Benutzer fast vollständig auf der Seite der ägyptischen Proteste.

gegen ihre Regime aufzuhetzen. Die Furcht unter den staatlichen Regimen vor einer politisch-ideologischen Beeinflussung der öffentlichen Meinung seitens Iran ist nach wie vor groß.

Staatliche Vorsorge

Dass die eigentlichen Gefahren für die etablierten Regime eher aus der Mitte ihrer Gesellschaften kommen, haben die arabischen Staaten nicht erst seit dem „arabischen Frühling“ verstanden. Trotz der massiven Umbrüche in der arabischen Welt haben die Golfstaaten bisher zu ihrer herkömmlichen Strategie der Herrschaftssicherung gegriffen: Aufstockung der Wohlfahrtprogramme bei gleichzeitiger restriktiver Haltung gegenüber weit reichenden politischen Forderungen. Das saudische Königshaus hat eine Aufstockung der öffentlichen Ausgaben für Arbeitslose und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst von ca. 170 Milliarden US-Dollar in Aussicht gestellt. Die versprochene Gehaltserhöhung in Höhe von 15 Prozent für saudische, staatliche Angestellte, die ganze 80 Prozent der arbeitenden Bevölkerung ausmachen, würde die

Die steigende Arbeitslosigkeit, die Verjüngung der Gesellschaft und eine florierende Internet-Kultur bilden eine gefährliche politische Mischung für das saudische Regime.

Kultur der Abhängigkeit vom Staat verstärken und die staatliche Privatisierungsstrategie unterminieren. Die auch aufgrund des Bevölkerungswachstums steigende Arbeits-

losigkeit³³ bei gleichzeitig hohen materiellen Ansprüchen, die Verjüngung der Gesellschaft und ein kaum mehr zu kontrollierender freier Meinungs-austausch über eine florierende Internet-Kultur³⁴ bilden eine gefährliche politische Mischung für das saudische Regime.

Regionalpolitisch haben die Golfstaaten bislang ebenfalls zu ihren herkömmlichen Strategien gegriffen. Das im Mai 2011 eher rhetorisch gemeinte Inaussichtstellen einer Mitgliedschaft für die konservativen Monarchien Jordanien und Marokko im Golfkooperationsrat, die Aufstockung der

33 | Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei zehn Prozent, unter den 20- bis 24-jährigen Saudis bei 40 Prozent.

34 | Saudi-Arabien hat die größte Twitter-Gemeinschaft in der MENA-Region und die zweitgrößte Facebook-Gemeinschaft (in absoluten Zahlen) nach Ägypten. Siehe Khaled El Ahmed, „Facebook Users in Arab Countries“, Discover Digital Arabia, <http://ddarabia.com/infograph/facebook-users-in-arab-countries> [22.07.2013].

finanziellen Unterstützung an Bahrain, Oman, Jordanien und Ägypten³⁵ sowie die 2011 mit den USA vereinbarten Waffenimporte zeigen keinen wesentlichen Mentalitätswandel in den politischen Führungen. Wie lange diese herkömmlichen staatlichen Antworten auf die politischen und sozialen Herausforderungen noch ausreichen, bleibt ungewiss.

Der Artikel wurde am 22. Juni 2013 abgeschlossen.

35 | Saudi-Arabien und Qatar haben Jordanien 2,4 Milliarden US-Dollar an Hilfe versprochen. Die Staaten des Golfkooperationsrats haben bereits Bahrain und Oman 20 Milliarden US-Dollar an Hilfe zur Verfügung gestellt.